

Interne Note der Hohen Behörde betreffend die Frage eines Assoziationsvertrages mit Österreich (Luxemburg, 5. Juni 1959)

Legende: Nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Österreich legt Tony Rollmann, Leiter der Abteilung „Stahl“ der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), am 5. Juni 1959 in einer internen Notiz die Haltung der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie im Hinblick auf den Abschluss eines Assoziationsabkommens zwischen Österreich und der EGKS dar.

Quelle: Archives historiques de la Commission européenne, Bruxelles, Avenue de Cortenbergh 1. Relations entre la CECA et l'Autriche, CEAB 5 1398/1 (1959-1964).

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2012

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interne_note_der_hohen_behorde_betreffend_die_frage_eines_assoziationsvertrages_mit_osterr_eich_luxemburg_5_juni_1959-de-7ea3ecb5-1a98-4804-8984-0548c758b68a.html

Publication date: 05/09/2012

Interne Note der Hohen Behörde betreffend die Frage eines Assoziationsvertrages mit Österreich (Luxemburg, 5. Juni 1959)

[...]

Auszug aus der Rede des Vorsitzenden der Eisenhütte Österreich Bergrat h.c.Dr.mont.h.c.Dipl.Ing. Josef Oberegger, Generaldirektor der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, am Eisenhüttenstag, 31. Mai 1959

Beim vorjährigen Eisenhüttenstag hatte ich Gelegenheit, von dieser Stelle aus die eminente Bedeutung der geplanten europäischen Freihandelszone für die österreichische Eisen erzeugende Industrie zu unterstreichen, mußte jedoch gleichzeitig auch unseren Befürchtungen über den schleppenden Fortgang der Verhandlungen über eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes der Sechs Ausdruck geben. Leider muß ich heute feststellen, daß die weitere Entwicklung der Freihandelszonen-Verhandlungen diese Befürchtungen bestätigt hat. Nachdem Vertreter der 17 OEEC-Länder mehr als ein Jahr lang in Paris über die Errichtung der Freihandelszone diskutiert hatten, zeigte sich letzten Endes, daß eine einheitliche Auffassung nicht erzielt werden konnte und es wurden daher die Besprechungen im Dezember v.J. abgebrochen und seither nicht wieder fortgeführt. Damit war auch eine Fortsetzung der Gespräche im zuständigen OEEC-Unterausschuß über die Einbeziehung von Kohle und Stahl in die Freihandelszone nicht möglich. Die in diesem Unterausschuß durch mehrere Monate hindurch geführten Verhandlungen hatten jedoch einen Vorteil, nämlich die Herausarbeitung der gerade auf dem Stahlsektor bestehenden grundlegenden Divergenzen zwischen den Interessen der einzelnen außerhalb der Montan-Union stehenden OEEC-Länder. Während etwa Österreich für die rasche Beseitigung der handelspolitischen Beschränkungen unter Akzeptierung gewisser Regeln des Montanvertrages eintrat, ist Großbritannien an Stahlexporten in das Gebiet der Gemeinschaft desinteressiert und war nur bemüht, seine bisherige Kohle- und Stahlpolitik fortsetzen zu können. Die Schweiz wiederum wollte ihre eigene kleine Stahlindustrie aus wehrpolitischen Erwägungen heraus auch weiterhin nicht ungeschützt der ausländischen Konkurrenz aussetzen, während Schweden wohl an einem ungehinderten Edstahllexport nach dem Gebiet der Europäischen Gemeinschaft interessiert ist, seine Kommerzeisenwerke jedoch aus einer wirtschaftlichen Integration möglichst lange heraushalten möchte.

Diese bei den Pariser Verhandlungen zutage getretenen unterschiedlichen Ansichten der einzelnen Länder, die wiederum von dem Standpunkt der Hohen Behörde als Sprecherin der Sechs mehr oder weniger stark abweichen, führten daher nicht nur innerhalb unserer Eisen erzeugenden Industrie zu der Überzeugung, daß eine einheitliche Auffassung über die Art der Eingliederung von Kohle und Stahl in einen gemeinsamen Markt, der nicht nur die sechs Länder der Montan-Union, sondern darüber hinaus auch die übrigen OEEC-Länder umfaßt, nicht ohne weiteres erzielbar ist. Wir prüfen daher nunmehr ernstlich die Frage, ob nicht doch eine bilaterale Vereinbarung Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaft über die Regelung des Warenaustausches mit Kohle und Stahl zweckmäßiger und daher anzustreben wäre.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nochmals feststellen, daß die sechs Mitgliedstaaten der Montan-Union als Absatzgebiet für österreichischen Stahl von überragender Bedeutung sind und wir daher auf eine baldige und für beide Seiten zufriedenstellende Regelung des Verhältnisses Österreichs zur Montan-Union nicht verzichten können.